

M 18 Erinnerungsskizzen von Edmund Käbisch, wie es zu dem ersten Friedensgebet im Dom zu Zwickau am 16. Oktober 1989 kam

Montag, 9. Oktober

An diesem Tag reiste ich nach Leipzig und konnte das historische Friedensgebet in der Nikolaikirche um 17.00 Uhr mit der anschließenden friedlichen Demonstration miterleben. Als ich mit meinem Trabi (Auto) gegen 14.00 Uhr die Stadt erreichte, standen überall hunderte NVA-Soldaten, Polizisten mit Schild, Kampfgruppen, Hundestaffeln, Wasserwerfer und Mannschaftswagen zum Abtransport von Verhafteten. Die Uniformierten waren für den Einsatz zur Auflösung der „feindlich-negativen Kräfte“ gerüstet und warteten auf entsprechende Befehle. Ich spürte, dass Gewalt in der Luft lag. Ich konnte ungehindert in die Innenstadt fahren und mein Auto auf einen Parkplatz abstellen. Zu Fuß gelangte ich zur Nikolaikirche. Dort hing am Kirchturm ein Plakat: „Leute, keine sinnlose Gewalt, reißt euch zusammen, lasst die Steine liegen.“ Am Fenstergitter der Kirche befanden sich Blumensträuße zum Gedenken an die Verhafteten und Verletzten früherer Demonstrationen. Das Plakat und die Blumen waren Symbole und sprachen in der angespannten Situation für sich. Die sich dort versammelten Menschen hielt sich daran.

Mit Pfarrer Christian Führer war abgesprochen, da alle Türen wegen Überfüllung geschlossen waren, dass ich über eine Seitentür in die Kirche kam. Das Kirchenschiff und die Emporen waren voll besetzt. Dort befanden sich größtenteils vom Staat geschickte Leute, die zwei bis drei Stunden geduldig ausharrten. Während des Friedensgebets drangen durch die Fenster immer wieder die Rufe der Menschen, die vor der Kirche standen: „Gorbi, Gorbi“; „Wir bleiben hier“; „Keine Gewalt“; „Schließt euch an“; „Neues Forum zulassen“; „Wir sind das Volk“; „Freiheit“ ... Man hörte auch den Aufruf der Sechs über den Stadtfunk.

Nach dem Friedensgebet formierte sich auf dem Karl-Marx-Platz ein Demonstrationzug. Etwa 70.000 Bürger zogen erstmalig um den Leipziger Ring. Für mich war es ein ängstliches und beklemmendes aber zugleich ein befreiendes und beglückendes Gefühl, schweigend und innerlich erregt am Runden Eck, Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung, vorbeizuziehen. Dort standen Stasileute in Uniform aufgereiht mit Helm, Schild und Schlagstöcken, um das Gebäude zu schützen und auf Befehl einzugreifen. Nichts passierte. Von beiden Seiten erfolgten keine Übergriffe. Alles verlief friedlich. Erleichterung trat bei mir ein, als ich das neue Rathaus erreichte und die Straßenbahn mit ihren Bimmelgeräuschen vorbeifuhr. Aus der Bahn winkten jubelnde Fahrgäste.

Dienstag, 10. Oktober

Am Abend berichtete ich in der überfüllten Friedensbibliothek Zwickau von den friedlichen Leipziger Ereignissen und Erlebnissen. Nach meinem Augenzeugenbericht wurde beschlossen, synchron zum nächsten Leipziger Friedensgebet ein ähnliches in Zwickau durchzuführen. So sollte einerseits unsere Solidarität ausgedrückt werden, aber andererseits wollten wir damit die Leipziger Situation entlasten und auch eigene Akzente setzen. Dafür bildete sich ein Vorbereitungsteam mit den Pfarrern Thomas Storl und Uwe Wendt, der Puppenspielerin Susanne Trauer, der Gemeindegliederin Ulrike Dressel-Backofen, dem katholischen Landwirt Dirk Schöwe, Maja Berger aus Dresden und mir. Es wurde vereinbart, dass wir uns am kommenden Freitag in der Wohnung von Pfarrer Storl treffen, um das erste Friedensgebet für den nächsten Montag vorzubereiten. Bis dahin sollte in Erfahrung gebracht werden, in welcher Kirche von Zwickau dieses Friedensgebet stattfinden könnte. Gedacht war

an den zentral gelegenen Dom. Wir machten uns aus, ständig in telefonischer Verbindung zu bleiben, um über die wechselnde Situation informiert zu sein.

Mittwoch, 11. Oktober

Pfarrer Storl brachte in Erfahrung, dass der Kirchenvorstand des Doms am kommenden Freitag tagen werde. Bis dahin sollte er dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes, Pfarrer Rudolf Hübler, den Antrag auf Genehmigung und die Konzeption des Friedensgebetes vorlegen. Da offen blieb, ob der Kirchenvorstand dem Anliegen zustimmen würde, sprach Pfarrer Storl mit den Pfarrern der Paulusgemeinde. Sie erteilten sofort eine Zusage, da sie bereits montags um 18.00 Uhr eine Friedensandacht angesetzt hatten. Pfarrer Storl kam mit den Paulusparrern überein, dass das Friedensgebet um 18.00 Uhr in der Pauluskirche abgehalten wird, falls der Domkirchenvorstand keine Zustimmung erteilt.

Nach dem Mittagsgebet um 13.00 Uhr befestigten Susanne Trauer und ich einen Aushang an einem Fenstergitter des Domes: „Freiheit für die Inhaftierten“. An Blumensträußen, die wir ans Plakat banden, hingen kleine Zettel mit Bibelsprüchen. Sie erinnerten an die Verletzten und Verhafteten bei den letzten Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Plauen.

Donnerstag, 12. Oktober

Ich ging ins Rathaus und sprach beim Stellvertreter des Bürgermeisters und Vorsitzenden der Abteilung Inneres, Rolf Stowasser, vor. Ich berichtete ihm von der explosiven Situation in der Bevölkerung und schlug vor, mich für einen Dialog zwischen der Zwickauer Stadtführung und dem konziliaren Prozess einzusetzen. Herr Stowasser lehnte jedoch dieses Ansinnen ab. Am nächsten Tag sei bereits ein kurzfristig anberaumtes Gespräch mit dem Oberbürgermeister Fischer, das von den beiden Superintendenten Mieth und Walther sowie von Dekan Hoffmann gewünscht wurde, geplant. Die Basisgruppen und die Bevölkerung erfuhren erst davon, als der Bericht von der Begegnung am Sonnabend in der Zeitung „Freie Presse“ stand.

Freitag, 13. Oktober

In den Morgenstunden fand das Gespräch der beiden Superintendenten mit dem Oberbürgermeister statt. Am Vormittag kam das Vorbereitungsteam für das Friedensgebet in der Wohnung von Pfarrer Storl zusammen. Rasch waren der Ablaufplan und die Verantwortlichkeiten festgelegt, da jeder Erfahrungen mit Gottesdiensten und Friedensandachten hatte. Es wurde das Thema „Gewalt und Gewaltlosigkeit“ gewählt und als Ort der Dom favorisiert. Um 17.00 Uhr sollte das Friedensgebet sein. Wenn der Kirchenvorstand des Doms keine Zustimmung erteilten sollte, dann sollte für 18.00 Uhr in die Pauluskirche eingeladen werden.

Pfarrer Storl bemühte sich nach 12.00 Uhr zweimal telefonisch, mit Pfarrer Hübler über das Ergebnis des Vorbereitungsteams zu reden. Pfarrer Hübler war jedoch nicht bereit, ihn anzuhören und legte den Hörer sofort auf. Das Team ging auseinander. Ich versprach zu versuchen, das Anliegen des konziliaren Prozesses vor den Kirchenvorstand zu bringen, einen Organisten für das Orgelspiel zu gewinnen und entsprechende Tontechnik zu organisieren. Jeder sollte auf seine Weise das Ergebnis des Vorbereitungsteams weitersagen: Am Montag treffen wir uns 17.00 Uhr im oder vor dem Dom. Falls er geöffnet wird, findet das Friedensgebet dort statt. Sonst werden wir zu der drei Kilometer entfernten Pauluskirche, in der wir zum Friedensgebet herzlich willkommen sind, gemeinsam gehen.

Nach der Mittagspause rief ich Pfarrer Hübler an. Er war empört über meine Aktivitäten. So etwas dürfte nicht sein. Vom Domkantor und Kirchenmusikdirektor Paul Eberhard Kreisel

habe er bereits gehört, dass das Friedensgebet im Dom stattfinden sollte. Es sei eine Unverfrorenheit und Erpressung, ihn so unter Druck zu setzen. Deshalb werde er alles unternehmen, das Friedensgebet nicht stattfinden zu lassen, es denn „nur über meine Leiche“. Außerdem sei er am letzten Sonntag erneut wieder in den Dom „eingewiesen“ worden. Ein Anruf von ihm genügte und alles könnte rückgängig gemacht werden. Dann legte er den Hörer auf. Ich hatte keine Gelegenheit, die konkreten Umstände detailliert zu erklären.

Danach setzte ich mich mit dem Kirchenmusikdirektor Kreisel wegen des Organistendienstes in Verbindung. Er weigerte sich, zum Friedensgebet zu spielen, aber er hatte keine Einwände, einen anderen Orgelspieler dafür zu gewinnen. Darauf rief ich den Verfahrenstechnik-Ingenieur Arnim Boitz an, ob er die Orgel spielen könnte. Er war als kirchenmusikalische Hilfskraft ausgebildet worden und sagte sofort zu. Beim Jugendpfarramt, das eine entsprechende Tontechnik besaß, fragte ich an, ob für das Friedensgebet diese Technik ausgeliehen werden könnte. Ich erhielt eine Absage mit der Begründung, dass das Friedensgebet eine politische Sache sei. Dafür stehe ihre Technik nicht zur Verfügung. Daraufhin wurde die Beschallung bereitwillig und kostenlos von engagierten Bürgern aus der Stadt zur Verfügung gestellt und am Montag installiert.

Wie sollte der Antrag in den Kirchenvorstand kommen? Ich telefonierte mehrmals mit dem Stellvertreter des Kirchenvorstandes, Alfred Brunner. Er erklärte sich dann bereit, das Anliegen des konziliaren Prozesses im Kirchenvorstand einzubringen. Zusätzlich schrieb ich dem Kirchenvorstand einen Brief. Darin legte ich die biblisch-theologische Notwendigkeit eines Friedensgebetes dar und sprach die dringende Bitte aus, in der angespannten Situation dem konziliaren Prozess zu erlauben, im Dom ein Gebet abzuhalten und Gott um Frieden zu bitten. Dem Brief fügte ich die erstellte Verlaufsskizze und die Aufstellung der Verantwortlichkeiten hinzu. Die Schriftstücke übergab ich Herrn Brunner, und er ging damit in die Sitzung des Kirchenvorstandes.

Den Kirchenvorstandsmitglieder bewegte die Angst, dass nach dem Friedensgebet eine Demonstration stattfinden und dadurch die Staatsorgane veranlassen könnte, mit Gewalt gegen die sich versammelten Bürger vorzugehen, so wie es im Sommer in Peking oder vor einigen Tagen in Dresden, Leipzig und Plauen geschehen war. Der Einsatz der bewaffneten Kräfte könnte eskalieren und zu Blutvergießen führen. Die Mitglieder des Kirchenvorstandes wollten eine Konfrontation verhindern und rangen um Erhalt des Status quo. Dazu hatte auch Superintendent Mieth am Vormittag im Gespräch beim Oberbürgermeister versprochen, eine Demonstration zu verhindern. Er wollte nicht wortbrüchig werden.

Die Debatte im Kirchenvorstand ging über vier Stunden. Im Protokollbuch sind nur magere Stichpunkte festgehalten, die die heiße Diskussion erahnen lassen:

- der Kirchenvorstand ist nicht gefragt worden, dass ein Friedensgebet im Dom stattfinden soll;
- diese Vorgehensweise wird missbilligt;
- für den Kirchenvorstand und Pfarrer Hübler ist diese Situation unerträglich;
- einstimmiger Beschluss, Superintendent Mieth muss mit Käbisch ein Gespräch führen;
- das Friedensgebet darf ausnahmsweise nur einmal am 16. Oktober stattfinden;
- die verantwortliche Gruppe soll einen Turnus mit anderen Kirchen suchen, wenn das geschehen ist, dann könnte es wieder im Dom sein;
- staatliche Vertreter sollen eingeladen werden;
- kein Plakat, keine Beschilderung, keine Einladung.

Sonnabend, 14. Oktober

Am Vormittag fand ein Gespräch zwischen den beiden Kirchenvorstehern Pfarrer Hübler und Alfred Brunner und dem Oberbürgermeister Heiner Fischer und seinem Stellvertreter Rolf Stowasser statt. Die Kirchenvorsteher unterrichteten die Staatsorgane über das Ergebnis der letzten Kirchenvorstandssitzung und des bevorstehenden Friedensgebetes. Der konziliare Prozess habe den Kirchenvorstand vor die vollendete Tatsache gestellt. Damit es nicht zu einem Demonstrationzug in eine andere Kirche käme, sei dieses Friedensgebet im Dom genehmigt worden. Dadurch hätten sie die Möglichkeit, auf das Friedensgebet einzuwirken, damit es in Ruhe und Ordnung abläuft. In dem Gespräch wurden auch die weitere gemeinsame Vorgehensweise und die gegenseitige Information besprochen. Superintendent Mieth weilte an diesem Tag in Dresden. Ihm sollte nach seiner Rückkehr nochmals gesagt werden, dass er alles tun sollte, um Konfrontationen zu verhindern und beruhigend einzuwirken. (Dieses Gespräch wurde erst nach der Einsichtnahme in den Stasiakten bekannt.)

Herr Brunner meldete sich nicht. Ich rief ihn zur Mittagszeit an. Er war entrüstet, stinksauer und von mir enttäuscht, da ich mit unlauteren Mittel arbeiten würde. Er sei missbraucht worden. Ich hätte ihm die Hintergründe verschwiegen. Aber ich war erleichtert zu hören, dass der Kirchenvorstand die einmalige Zustimmung für das Friedensgebet erteilt hatte, aber ohne Plakatierung. Diese erfreuliche Nachricht gab ich sofort telefonisch weiter.

Sonntag, 15. Oktober

Nach dem Gottesdienst stand der Superintendent vor meiner Tür. Er musste mich unbedingt sprechen. Er kam nicht als Pfarrer und Seelsorger, sondern im Auftrag des Kirchenvorstandes, um mir dessen Missbilligung auszusprechen. Meine Unverantwortlichkeit schade der Gemeinde und der Kirche. Er hielt mir das unbrüderliche Verhalten gegenüber dem Kirchenvorstand und die Unverantwortlichkeit meines politischen Handelns vor. Er hingegen werde als Superintendent alles unternehmen, dass es nach dem Friedensgebet zu keiner Demonstration und gewalttätigen Auseinandersetzung kommen werde. Ferner teilte er mir noch mit, dass ich die Domgemeinde zu verlassen habe, wenn es zu einer Abstimmung kommen werde. Damit müsse ich mich abfinden, denn der Kirchenvorstand hätte schon zuviel mit mir durchgemacht.

Montag, 16. Oktober

In den Morgenstunden führte Superintendent Mieth ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, Rolf Saalfrank. Danach kam die „Konferenz des ökumenischen Stadtkonventes“ in der Superintendentur auf dem Domhof zusammen. Mieth hatte über eine Schnellinformation kurzfristig diesen Konvent eingeladen. Es sei der Wunsch des Landesbischofs Johannes Hempel, dass im Dom am heutigen Tag ein Friedensgebet stattfinden sollte. Dadurch sollte verhindert werden, dass Zwickauer Bürger nach Leipzig fahren und es dort zu einem massiven Aufruf kommen würde. Die Laien und Basisgruppen, die die Initiatoren des konziliaren Prozesses und des Friedensgebetes waren, wurden zu dieser Besprechung nicht eingeladen. Sie haben erst später von der Zusammenkunft und den einschneidenden Beschlüssen der Amtsträger erfahren:

- Superintendent Mieth übernimmt die Schirmherrschaft über das erste Friedensgebet;
- die kommenden Friedensgebete werden „Ökumenische Friedensgebete“ genannt;
- sie werden im Rotationsprinzip in allen Stadtkirchen, nachdem die gemeindlichen Entscheidungsgremien zugestimmt haben, stattfinden;
- die Ortspfarren übernehmen das Kanzelrecht;
- die Kirchenvorstände der einzelnen Gemeinden haben die Friedensgebete zu verantworten;
- der konziliare Prozess liefert die aktuellen Informationen;

- die nächste Vorbereitung des Ökumenischen Friedensgebetes erfolgt in der Sakristei der Lutherkirche.

Mit diesem Beschluss waren die Basisgruppen und der konziliare Prozess kirchenjuristisch aus dem Friedensgebet herausgenommen und trugen keine Verantwortung. Die Laien wurden zur Informationsbeschaffung gebraucht und lediglich zu einer Art Statisten degradiert. Damit hatte die Institution Kirche das Friedensgebet okkupiert. Die Amtskirche besaß zur Kirche von unten kein Vertrauen und ihr wurde keine eigene Verantwortung zugebilligt. Sie wurde entmündigt.

Nach der Sitzung des Stadtkonventes kam der Superintendent auf mich zu und untersagte mir kategorisch, am Friedensgebet teilzunehmen. Als Gründe gab er an, dass meine Anwesenheit die Staatsorgane reizen und die Kirchenvorsteher weiter provozieren würde. Was der Kirchenvorstand aufbaute habe, würde ich kaputt machen. Der Superintendent erteilte mir Hausverbot an dem Ort, an dem ich als Pfarrer berufen und eingesetzt worden war. Ich durfte am Gottesdienst, der zu den ureigensten Aufgaben eines Pfarrers gehört, nicht teilnehmen. Ich befolgte seine Anordnung und fuhr mit meinem Sohn David zum Friedensgebet nach Leipzig.

(Vollständiger Text in Clemens Vollnhals/Jürgen Weber: Der Schein der Normalität, Olzog Verlag 2002, S. 396 ff.)